

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung, Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die Lechspalten 3 mm hohe (Bett) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Anzeigen, Resten kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Nachb. Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 2071.
Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Setzungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 29.

Dienstag, den 9. März 1926.

19. Jahrgang.

Wirk' Gutes du nährst der Menschheit
göttliche Pflanze;
Wilde Schöne, du streiff keine
der Götlichen aus.

Die Doppelkrise.

Als die Welt am Vorabend der Genfer Völkerbundtagung mit der Nachricht vom Sturze des Kabinets Briand in Paris überrascht wurde, drängte sich sofort vor selbst die Frage auf: Was wird nun aus dem Genf? Allenfalls fragte man sich, ob es unter diesen Umständen überhaupt möglich sein würde, eine abschließende Regelung des Streits um die Ratsfrage zu erzielen, die auch dem Standpunkte Deutschlands gerecht wäre.

Es fehlt nicht an Optimisten, die der französischen Kabinetskrise keinerlei erhebliche Bedeutung beilegen. Es handele sich, so sagt man, um eine innere, häusliche Angelegenheit Frankreichs. Der Eintritt Briands sei nur ein Zwischenfall in dem fortgesetzten, durch die Finanzschwierigkeiten hervorgerufenen Krisenlauf, unter dem alle französischen Ministerien zu leiden hätten. Weiter wird darauf hingewiesen, daß Briand erst vor kurzem zum ersten Delegierten Frankreichs beim Völkerbund gewählt worden sei und infolgedessen die französischen Interessen in Genf vertreten könne, ohne Ministerpräsident zu sein.

Insgesamt hat sich jedoch diese optimistische Auffassung als unrichtig erwiesen. Aus der Ratsfrage hat sich nämlich auch eine Genfer Krise entwickelt. Briand nahm zwar am Sonntag an der Genfer Verhandlung mit Deutschland teil, an den offiziellen Sitzungen des Völkerbundesrat beteiligte er sich aber nicht, sondern reiste noch am Sonntagabend nach Paris zurück. Wie die Pariser Presse berichtet, führt er sich nicht in der Lage, die Verantwortung für wichtige außenpolitische Entscheidungen zu übernehmen, da er nur „die Geschäfte führe“, ohne im parlamentarischen Sinne verantwortlicher Minister zu sein. Unter dieser Umstände kann es nicht überraschen, daß die erste Vorgesprächung am letzten Sonntag ergebnislos verliefen ist. Briand hat es offenbar vermieden, die ausserordentliche Politik Frankreichs festzulegen, und aus diesem Grunde konnten, wie in einem offenbar offiziell bestätigten Genfer Telegramm des Staatssekretärs erklärt wird, die Verhandlungen keinen anderen Charakter haben als der eines allgemeinen Meinungsaustausches ohne sofortige Schlußfolgerung.

Die Staatsmeldung erfährt eine Bestätigung durch den offiziellen Verhandlungsbericht, aus dem ebenfalls hervorgeht, daß es nicht gelungen ist, in dieser ersten Unterredung ein Einvernehmen zu erzielen. Der „Gedankenaustausch“ soll in einer zweiten Unterredung fortgesetzt werden. Wann diese stattfinden wird, steht noch nicht fest. Soweit ist jedoch sicher, daß der Völkerbundrat eine endgültige Regelung der Ratsfrage nur unter Mitwirkung Frankreichs, d. h. in Anwesenheit Briands, vornehmend wird. Briand wird aber, wenn er überhaupt dem neuen französischen Kabinett angehören wird, frühestens am Mittwoch oder Donnerstag nach Genf zurückkehren. Die notwendige Folge wird sein, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht am Mittwoch, sondern frühestens Donnerstag oder Freitag, oder vielleicht noch etwas später erfolgen wird, sein Eintritt in den Rat wiederum mindestens einen Tag später. Sollte sich aber die französische Kabinetskrise länger hinziehen, dann wird dem Völkerbundsrat nichts anderes übrig bleiben, als daß er die Frage der Erweiterung des Rates bis zum Herbst vertagt, wie es Deutschland von vornherein angeregt hat.

Nach der ersten Aussprache.

Der „Meinungsaustausch“ über die Ratsfrage.

Die Genfer Konferenz der Völkernomaden, die vor der offiziellen Eröffnung die Völkerbundtagung eine Einigung über die künftige Zusammensetzung des Völkerbundesrates erzielt hätte, fand am Sonntag nachmittag im Hotel Beau Rivage, in dem Chamberlain abgebrochen war, statt. Die Vorgesprächung, an der Deutschland durch Reichkanzler Luther und Außenminister Stresemann, England durch Chamberlain, Frankreich durch Briand, Italien durch Ciano und Belgien durch Vandervelde beteiligten waren, dauerte über vier Stunden. Nach Abschluß der Verhandlungen wurde der Bericht ausgearbeitet.

„Die Vertreter der Staaten, die sich in Locarno zum Abschluß des Rheinlandpactes vereinigen haben sich zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf verabredet. Sie haben sich in einer Unterredung zusammengefunden, in deren Verlauf sie mühevoll die gegenwärtige Situation anklärten. Diefem ersten Gedanken austausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterredung folgen.“

Wie weiter gemeldet wird, war die ganze Zeit der diesfälligen Verhandlungen angefüllt mit einer Diskussion über die Kernfrage des Problems, das sich jetzt angesichts des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund herausgebildet hat. Von Seiten der alliierten Mächte wurde der Standpunkt dargelegt, der sie veranlaßt, ihre Anschauungen über die Möglichkeit einer Ratsveränderung in der gegenwärtigen außerordentlichen Session für richtig zu erachten. Von deutscher Seite wurde demgegenüber mit voller Entschiedenheit der Standpunkt vertreten, daß eine Veränderung in der Zusammensetzung des Völkerbundesrats nicht erfolgen können, solange nicht Deutschland seinen Sitz im Rats erweitert hat. Dieser Standpunkt ist durch die einmütige Kundgebung des deutschen Reichskabinetts festgelegt und hat seinen Ausdruck in der Hamburger Rede gefunden. An diesem Standpunkt hält die deutsche Delegation fest. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung der Vertreter der Völkernomaden, die an der ersten Unterredung teilgenommen haben, ist noch nicht festzulegen. Briand ist noch am Sonntagabend nach Paris zurückgekehrt. Man erwartet, daß er in wenigen Tagen wieder in Genf einreisen wird, da anscheinend eine Sitzung der französischen Kabinetskrise rasch geschehen werden dürfte.

Eine Erklärung Chamberlains.

Verstärkung der Aufnahme Deutschlands um einige Tage?

Nach der Vorgesprächung der Völkernomaden empfing Chamberlain die Vertreter der englischen Presse. Er erklärte, man habe sich, wie in Locarno, ungenutzten unterhalten und Zweifel und Mißtrauen hätten völlig aufgeklärt werden können. Er könne die Erklärung abgeben, daß die Unterhaltung nicht beendet sei, sondern in den nächsten Tagen fortgesetzt werden würde. Das Ziel der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse ohne scharfe Diskussion und ohne Streitigkeiten erreicht werden. Wenn man die Aufnahme Deutschlands um einen oder zwei Tage verschiebe, so erscheine dies im Hinblick auf die Bedeutung des deutschen Eintritts berechtigt. Chamberlain sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß Briand nicht allzulange in Paris zurückgehalten werde.

Caillaux oder Briand.

Die Regierungskrise in Frankreich.

Der bisherige französische Ministerpräsident Briand ist sofort nach seiner Rückkehr aus Genf vom Präsidenten der Republik, Doumergue, empfangen worden, der sich längere Zeit mit ihm über die Lösung der Regierungskrise unterhielt.

Alle Voraussagen nach wird Briand vom Präsidenten der Republik angerufen werden, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Sehr unwahrscheinlich aber ist es, daß Briand diese Aufgabe noch einmal übernehmen würde, dürfte der Präsident der Republik, den ehemaligen Finanzminister Caillaux, zur Bildung eines Kabinetts beauftragen. Caillaux würde dann das Finanzministerium übernehmen, während Briand das Portefeuille des Außenministers beibehielte.

Falls keiner der beiden zur Übernahme des Ministerpräsidentenpostens ansetzen sollte, werden nachfolgende bekannte Politiker als aussichtsreiche Kandidaten genannt: M. L. Beret, der frühere Kammerpräsident, der Monarchie zuletzt Minister für öffentliche Arbeiten, René Viviani, der Justizminister im Kabinett Briand war, Labat, der Kabinettschef Briands.

Wartung in Genf.

Gehaltsfrage des Völkerbundesrates.
Am Montag vormittag trat der Völkerbundsrat in Genf zu seiner angefangenen Sitzung zusammen, um die Tagesordnung der Märztagung endgültig festzulegen. Die Tagesordnung wurde entsprechend den Beschlüssen der Völkernomaden des Rates, des japanischen

Volkshausers, Graf Vicht, unbenannt angenommen; jedoch wurde auf englischen Wunsch der Beisatz gefast. Die Frage, so schnell wie möglich zu erledigen. Am 10. März war die Sitzung des Rates beendet, worauf der Rat sich sofort wieder zu einer streng gehaltenen Sitzung versammelte, an der außer den Ratsmitgliedern und dem Generalsekretär niemand teilnahm. Es wird vermutet, daß Chamberlain den Ratsmitgliedern über die Vorgesprächungen der Völkernomaden Bericht erstattet hat. Außerdem beschäftigte sich der Rat mit den Formalitäten für den Zutritt des ständigen militärischen Kommissionen, die gleichfalls das Aufnahmegericht Deutschlands zu prüfen haben wird.

Die Tagesordnung der Ratsitzung abgeändert.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht eine veränderte Tagesordnung für die Ratsitzung, die insofern von besonderem Interesse ist, als die Behandlung der Saarfrage, die bisher erster Punkt der Tagesordnung war, nunmehr 14. Punkt geworden ist. Diese Veränderung ist sehr bedeutsam, da hierdurch die Saarfrage aller Wahrscheinlichkeit nach erst nach der Wahl Deutschlands zum ständigen Ratsmitglied und somit unter Deutschlands Teilnahme zur Behandlung kommen wird. Statt dessen ist der Punkt der Tagesordnung, der die oberste politische Frage behandelt, an den Anfang der Tagesordnung gerückt und dürfte ohne Beteiligung Deutschlands entschieden werden.

Politische Rundschau.

Berlin, den 9. März 1926.

Reichsernährungsminister Dr. Gaslinde ist vom Krankheitsurlaub zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Der Senior des deutschen Episcopates, der Augsburger Bischof Dr. Maximilian v. Lingg, ist dieser Tage 15 Jahre alt geworden und begehrt am 18. März sein 25-jähriges Bischofsjubiläum.

Für ein Reichsministerium. Auf Veranlassung des Deutschen Städtetages fand kürzlich im Reichsernährungsministerium eine Konferenz statt, in der auf die Notwendigkeit eines Milchgesetzes hingewiesen wurde. Der Vertreter des Ministeriums stellte sich dem vom Städtetag ausgearbeiteten Gesetzentwurf sympathisch gegenüber. Die Angelegenheit wird im Reichsernährungsministerium weiter bearbeitet.

Gegen das Ruhegehalt der Minister. Im Reichstage ist ein Antrag Dr. Frick (Böhl) eingegangen, der einen Gehaltsaufschlag über Gehalt und Verpflegung des Reichskanzlers und der Reichsminister vorschlägt. Danach soll Reichskanzlern und Reichsministern Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nicht zugehen. Reichs-, Staats- und sonstige öffentliche Beamte, die zum Amt des Reichskanzlers oder eines Ministers berufen werden, sollen bei ihrem Eintritt Anspruch auf Gehalt und Verpflegung nur auf Grund ihres früheren Beamtenverhältnisses haben. Soweit Reichskanzler und Reichsminister Mitglieder eines Parlamentes sind, sollen während der Amtsdauer die Abgeordnetenentschädigungen ruhen. Das Gesetz soll rückwirkend ab 9. November 1918 in Kraft treten.

300 000 Eintragungen für das Volksbegehren in Berlin. Bis Sonntagabend haben sich in Groß-Berlin insgesamt 307 231 Personen in die Listen für das Volksbegehren eingetragen.

Dr. Krohne Vorsitzender des Reichswasserstraßenbeirats. Der Reichspräsident hat den Reichswasserstraßenbeiratsminister Dr. Krohne zum Vorsitzenden des Reichswasserstraßenbeirats ernannt.

Rundschau im Auslande.

Der amerikanische Volkshausier in London, Southampton, hat sich auf dem Dampfer „President Roosevelt“ nach Amerika eingeschifft.

Schwere Verluste der Spanier in Marokko. Die neue spanische Offensive in Marokko hat zu einem schweren Misserfolg geführt. Die spanische Fremdenlegation ließ bei dem Verluhe, die Höhen um Tetuan vom Feinde zu säubern, ganz unvermutet auf erbitterten Widerstand und erlitt dabei schwere Verluste. Nach den letzten Meldungen aus Madrid haben die spanischen Truppen über 100 Tote verloren, darunter auch den Führer der Fremdenlegation. Mehrere Stämme der Araber und Berber, die sich kürzlich den Spaniern unterworfen hatten, haben wieder zu den Waffen gegriffen. Die Kämpfe dauern fort. An einzelnen Stellen ist es den Arabern gelungen, die spanischen Stellungen zu durchbrechen und dabei ziemlich viele

